

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union  
(21. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Manuel Sarrazin, Lisa Paus,  
Viola von Cramon-Taubadel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/7952 –**

### **Ein starker Haushalt für ein ökologisches und solidarisches Europa – Der Mehrjährige Finanzrahmen 2014–2020**

#### **A. Problem**

Am 29. Juni 2011 legte die Europäische Kommission ihren Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014–2020 vor und eröffnete damit die Verhandlungen über den zukünftigen Haushalt der Europäischen Union (EU). Diese Verhandlungen ermöglichen der EU neue Ausrichtungen und die Vertiefung bereits gefasster Ziele. Die Europäische Kommission schlägt ein Haushaltsvolumen von 1,05 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) vor. Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), einer der zentralen Ausgabenposten, spielt bei den Verhandlungen zum MFR eine wichtige Rolle. Das Gesetzgebungspaket sieht auch vor, das bisherige Finanzierungssystem der EU mit Einnahmen aus Zöllen und Agrarabgaben und einem Anteil der BNE der Mitgliedstaaten durch die Einführung einer eigenen Steuer der EU – einer Finanztransaktionssteuer und einer EU-Mehrwertsteuer – zu verändern. Weiterhin schlug die Europäische Kommission die Schaffung eines neuen integrierten Instruments für Investitionen in vorrangige EU-Infrastrukturvorhaben in den Bereichen Verkehr, Energie und Telekommunikation vor, die Fazilität „Connecting Europe“.

Der Deutsche Bundestag hat am 1. Dezember 2011 (Bundestagsdrucksache 17/7767) die Bundesregierung aufgefordert, sich vor dem Hintergrund der Konsolidierungsbemühungen der Mitgliedstaaten für eine Begrenzung der Ausgaben der EU, für eine effiziente Verwendung der Mittel und für die Stärkung der für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit wichtigen Bereiche und gegen die Einführung einer EU-Steuer einzusetzen.

Die Antragsteller betrachten die Verhandlungen über den MFR als Möglichkeit, Antworten auf die derzeitige Krise zu finden und notwendige Reformen durchzuführen, um die EU langfristig als eine stabile Währungsunion und gleichzeitig als eine Wirtschafts- und Solidarunion zu stärken. Insbesondere sprechen sich die Antragsteller für die Einführung von EU-Steuern aus und stellen fest, dass

gemeinsame Mehrausgaben auf der EU-Ebene immer dann gerechtfertigt seien, wenn sie einen Mehrwert gegenüber nationalen Haushalten darstellten. In die Zukunft der EU müsse investiert werden, um diese effektiv voranzubringen und ihre Erfolge zu sichern.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.**

**C. Alternativen**

Keine.

**D. Kosten**

Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/7952 abzulehnen.

Berlin, den 9. Mai 2012

### **Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union**

**Gunther Krichbaum**  
Vorsitzender

**Bettina Kudla**  
Berichterstatterin

**Michael Roth (Heringen)**  
Berichterstatter

**Joachim Spatz**  
Berichterstatter

**Dr. Diether Dehm**  
Berichterstatter

**Manuel Sarrazin**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Bettina Kudla, Michael Roth (Heringen), Joachim Spatz, Dr. Diether Dehm und Manuel Sarrazin

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 17/7952** in seiner 146. Sitzung am 1. Dezember 2011 beraten und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Sportausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller sehen in den Verhandlungen zum MFR die Möglichkeiten, die EU in einigen Bereichen neu auszurichten und in anderen Bereichen alte Prinzipien zu festigen und zu stärken.

Die Finanzierung des EU-Haushalts müsse durch eine Reform der Einnahmeseite transparenter und verständlicher werden. Hierzu könne die Einführung von EU-Steuern einen Beitrag leisten und die Beiträge der Mitgliedstaaten reduziert werden. Das Rabattsystem – ebenso wie die vorgeschlagenen pauschalen Ermäßigungen – sei undurchsichtig und die Umverteilung der Finanzen von schwächeren auf stärkere Mitgliedstaaten nicht gerechtfertigt.

Die Anbindung des MFR an die Ziele der Europa-2020-Strategie sei richtig, aber neben dem traditionellen Wachstum müssten ökologische und soziale Aspekte in den Blick genommen werden. Der Fokus müsse auf Forschung und Bildung, der Förderung von erneuerbaren Energien, dem Ausbau des Stromnetzes und damit einhergehend der Realisierung des „Green New Deal“ liegen, um die EU in eine ökologische, global gerechte und ressourcensparende Wirtschaft zu transformieren.

Die EU müsse an ihren Prinzipien der Kohäsion und Konvergenz festhalten; die Investitionen in Europas Regionen seien unerlässlich zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts sowie zur ökologischen Modernisierung der europäischen Industrie und Wirtschaft. Der Vorschlag der Europäischen Kommission, Zahlungen von Strukturhilfen an verschuldete Mitgliedstaaten auszusetzen, werde daher abgelehnt.

Auch die Reform der GAP müsse sich an der Realisierung des „Green New Deal“ ausrichten. Insbesondere müsse die GAP dem Klima- und Umweltschutz, dem Erhalt biolo-

gischer Vielfalt und dem Verbraucher- und Tierschutz gerecht werden und dürfe durch Subventionierung von Agrarexportgütern lokale Agrarmärkte nicht zerstören.

Die Antragsteller betonen die Bedeutung von bildungs- und sozialpolitischen Zielen der EU wie Teilhabe, Beschäftigung, Chancengleichheit und Armutsbekämpfung innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Menschen und den Staaten. Insbesondere die Armutsbekämpfung und das Problem der sozialen Ausgrenzung müssten ernster genommen werden.

Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung dazu auffordern, sich in den weiteren Verhandlungen insbesondere für die folgenden Punkte einzusetzen:

- Die Höhe des künftigen MFR soll 1,12 Prozent der Wirtschaftsleistung der EU entsprechen.
- Einnahmen aus EU-weiten Steuern sollen die Beiträge der Mitgliedstaaten in gleicher Höhe senken. Das Rabattsystem soll abgeschafft und Alternativen wie pauschale Ermäßigungen sollen abgelehnt werden.
- Der Vorschlag der Europäischen Kommission soll insoweit unterstützt werden, dass die Zukunftsaufgaben wie Forschung und Entwicklung, Bildung und Klimaschutz auch vorrangig zu finanzieren sind. Bezüglich ITER soll zugunsten anderer Forschungsprogramme ein Moratorium ausgesprochen werden.
- Die Reform der Kohäsionspolitik soll der Förderung der Zukunftsaufgaben der EU und der Ziele des „Green New Deal“ dienen. Ein effektiverer und zielgenauerer Einsatz der Gelder erzeuge einen Mehrwert bei gleichbleibenden Mitteln.
- Die Kohäsions- und die Strukturpolitik müssten für Krisen gefestigt werden, indem die Kofinanzierungssätze für Staaten, die Finanzhilfen erhalten, flexibilisiert, eine administrative Unterstützung beim Abrufen von Strukturgeldern gewährt sowie Mittel für Stimulationsprogramme bereitgestellt würden.
- Die von der Bevölkerung gewünschte Neuausrichtung der GAP soll nicht länger blockiert werden. Nur eine konsequente Neuausrichtung der GAP könne die von der Kommission vorgeschlagene Höhe des zukünftigen Agrarbudgets rechtfertigen.
- Zur Förderung und Erhaltung eines nachhaltigen EU-weiten Verkehrsnetzes sollen im Rahmen der „Connecting Europe Facility“ EU-Projektanleihen vorangetrieben werden.
- Die Mittel für den Bereich „EU als globaler Akteur“ sollen gesteigert werden. Neue europäische Strukturen müssten mit Einsparungen auf nationaler Ebene einhergehen.
- Die Reform der Finanzierung der europäischen Innenpolitik müsse prioritär zur Förderung von Integrationsmaßnahmen bzw. zur Betreuung von Schutzbedürftigen genutzt werden.

- Europäische Bildungsprogramme wie JUGEND IN AKTION und das europäische Bildungsprogramm für lebenslanges Lernen sollen breiteren Bevölkerungsschichten zugänglich sein und als eigenständige Programme bestehen bleiben.
- Zur Errichtung eines effektiven Insolvenzregimes für grenzüberschreitend tätige Banken soll außerhalb des MFR ein europäischer Bankenstrukturierungsfonds errichtet werden.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/7952 in seiner 60. Sitzung am 9. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Innenausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/7952 in seiner 73. Sitzung am 9. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags.

Der **Sportausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/7952 in seiner 51. Sitzung am 9. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags.

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/7952 in seiner 83. Sitzung am 9. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/7952 in seiner 87. Sitzung am 9. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/7952 in seiner 77. Sitzung am 14. Dezember 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage auf Drucksache 17/7952 in seiner 68. Sitzung am 9. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Vorlage auf Drucksache 17/7952 in seiner 71. Sitzung am 9. Mai 2012 beraten und empfiehlt

mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Vorlage auf Drucksache 17/7952 in seiner 103. Sitzung am 9. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags.

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/7952 in seiner 118. Sitzung am 9. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage auf Drucksache 17/7952 in seiner 66. Sitzung am 9. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage auf Drucksache 17/7952 in seiner 74. Sitzung am 9. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 17/7952 in seiner 72. Sitzung am 9. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage auf Drucksache 17/7952 in seiner 71. Sitzung am 9. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage auf Drucksache 17/7952 in seiner 60. Sitzung am 9. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage auf Drucksache 17/7952 in seiner 73. Sitzung am 9. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 17/7952 in seiner 61. Sitzung am 9. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Vorlage auf Drucksache 17/7952 in seiner 57. Sitzung am 9. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Vorlage auf Drucksache 17/7952 in seiner 64. Sitzung am 9. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags.

#### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 17/7952 in seiner 65. Sitzung am 9. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, den Antrag auf Drucksache 17/7952 abzulehnen.

Berlin, den 9. Mai 2012

**Bettina Kudla**  
Berichterstatlerin

**Michael Roth (Heringen)**  
Berichterstatter

**Joachim Spatz**  
Berichterstatter

**Dr. Diether Dehm**  
Berichterstatter

**Manuel Sarrazin**  
Berichterstatter



